

Irene Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



1. Mai 2018: „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2018 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der 1. Mai steht für Solidarität für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit, - das ist unser Leitmotiv!

Wir zeigen heute hier bei Euch in Berlin, in der ganzen Bundesrepublik, in Europa, weltweit: Der 1. Mai ist unser Tag!
Er steht für harte Kämpfe und erfolgreiche Auseinandersetzungen.

2018 erinnert an wegweisende erfolgreiche Kämpfe, die die Demokratie gestärkt haben:

- die Novemberrevolution,
- die Durchsetzung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren,
- 60 Jahre Römische Verträge und damit die Gründung der europäischen Gemeinschaft als gemeinsames, demokratisches Friedensprojekt.

Damals wie heute gilt: Solidarität und Zusammenhalt sind und bleiben die Treiber des Fortschritts, Kolleginnen und Kollegen!

Unser Leitmotiv ist auch deshalb eine klare Kampfansage an die, die auf Spaltung, auf Abschottung, auf Rückschritt setzen! Es ist eine klare Kampfansage an die Feinde der Demokratie und die Feinde einer offenen Gesellschaft!

Wir lassen nicht zu, dass der 1. Mai von Rechtspopulisten und Nazis instrumentalisiert wird! Weder in Chemnitz, noch in Erfurt, wo Nazis heute marschieren wollen. Und auch nicht in Eisenach, wo die AfD sich heute als Arbeitnehmerpartei verkleiden will!

Unsere Kolleginnen und Kollegen von Opel haben letzte Woche in Eisenach gezeigt, was sie davon halten: Nämlich nichts!

Diese Partei setzt auf Ausgrenzung und auf Spaltung! Sie hat keine einzige Antwort auf die Fragen der Zukunft!
Auch in Berlin versuchen Rechte immer wieder, die Straßen zu erobern. Dank Euch gelingt ihnen das nicht! Nicht in Neukölln, wo ein starkes Bündnis im Kiez sich den Angriffen entgegenstellt! Nicht bei antisemitischen Übergriffen – Berlin zeigt sich hier solidarisch. Berlin zeigt, dass diese Stadt eine offene, tolerante und friedliche Stadt ist! Wir halten entschlossen dagegen!

Vor 85 Jahren, am 2. Mai 1933, sind unsere Gewerkschaftshäuser und Gewerkschafter/innen von Nazis überfallen worden. Und deshalb sage ich klar und deutlich: Rechte Hetze, Hass und Gewalt werden wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter niemals akzeptieren!

Unsere Kernfrage lautet: Wie können wir unsere Gesellschaft sicherer, solidarischer und gerechter gestalten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
schaut Euch die Tarifrunden der letzten Monate an: Es ist uns DGB-Gewerkschaften gelungen, kräftige Lohnsteigerungen durchzusetzen.

Und deshalb gratuliere ich als Metallerin erst einmal ganz herzlich unseren Kolleginnen und Kollegen von Verdi. Ihr habt nach einer harten Tarifaueinandersetzung einen guten Abschluss – mit kräftigen Entgeltsteigerungen – im Öffentlichen Dienst erreicht.

Wir Metallerinnen und Metaller starten mit 4,3 % mehr Entgelt, im nächsten Jahr kommt noch einmal eine ordentliche Schippe drauf.

Wer gerne Burger, Pommes und Ketchup isst, dem schmeckt es jetzt mit Sicherheit besser: Die NGG hat in der Systemgastronomie gekämpft und erreicht, dass die Löhne um etwa 10 % steigen. Und die Einstiegsgehälter liegen endlich über dem Mindestlohn!

Kolleginnen und Kollegen,
in allen Branchen haben wir, habt ihr dazu beigetragen, dass es in unserem Land gerechter zugeht! Diese Erfolge würde es ohne Euch nicht geben! Wer solidarisch handelt, schafft Bewegung. Und weder bei Verdi, noch bei uns, bei der IG Metall, war das ein Spaziergang. Wenn es um höhere Löhne und selbstbestimmtere Arbeitszeiten geht, erwarten uns harte Konflikte. Und deshalb ist Tarifpolitik immer auch Verteilungskampf.

Wo faire Tarifverträge existieren, geht es dem einzelnen Beschäftigten besser und dem ganzen Land.

Ich sage: Wir erzeugen mit dem Geld Nachfrage und Wachstum, statt Finanzkrisen und Steuerflucht! Das Geld ist bei den Beschäftigten und ihren Familien besser angelegt, als an den Aktienmärkten oder in Steuerparadiesen wie Panama!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir nehmen nicht hin, dass Gewerkschaften ordentliche Entgelterhöhungen erkämpfen und die Menschen immer weniger davon haben, weil immer mehr Geld für die Miete drauf geht.

In Großstädten wie Berlin müssen rund 40 % der Haushalte mehr als 30 % ihres Nettoeinkommens ausgeben, um ihre Miete zu bezahlen! Die Privatisierung öffentlichen Wohneigentums der letzten Jahrzehnte war ein Irrweg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie soll denn eine Stadt funktionieren, wenn Durchschnittsverdiener es sich nicht mehr leisten können, dort zu wohnen, wo ihre Arbeitsstelle liegt?

Das gilt für die Krankenpflegerin, genauso wie für die Polizistin, den Feuerwehrmann oder die Kassiererin. Die Mieten zeigen nur in eine Richtung – steil nach oben! Der Mietenwahnsinn muss gestoppt werden! Dafür brauchen wir eine Verschärfung der Mietpreisbremse. Eine Mietpreisbremse, die auch wirklich bremst, die den Namen auch verdient. Das allein wird nicht ausreichen. Klar ist: es gibt zu wenige bezahlbare Wohnungen. Die neue Regierung will den Wohnungsbau fördern. Das ist gut so. Wir werden ganz genau beobachten, wie das umgesetzt wird.

Unsere Botschaft ist klar: Wir brauchen keine Spekulationsobjekte für Reiche und wir brauchen keine Luxuswohnungen für Wenige. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen für Normalverdiener! Bezahlbar im Alter, bezahlbar für Familien mit Kindern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, für Familien, denn das Leben ist kein Metronom. Das immer im selben Takt schlägt. Und deshalb ist es gut, dass in Deutschland wieder über Arbeitszeiten diskutiert wird.

Die jüngsten Tarifabschlüsse der IG Metall, der IG BCE und der EVG sind wegweisend für eine moderne Arbeitszeitpolitik. Für mehr Flexibilität im Sinne der Beschäftigten. Für Arbeitszeiten und Wahloptionen, die zum Leben passen.

Mal eine Zeit lang das Tempo drosseln, für Familie, für die Pflege von Angehörigen, für Schichtarbeiter – dafür gibt es jetzt in der Metall- und Elektroindustrie einen tariflich abgesicherten Anspruch und die Wahloption auf zusätzliche freie Tage – on Top!

Kolleginnen und Kollegen, das war ein harter Ritt!

Für unser innovatives Arbeitszeitmodell waren bundesweit mehr als 1,5 Millionen Metallerinnen und Metaller vor dem Tor, statt dahinter. Auch hier in Berlin haben die Belegschaften geschlossen die Arbeit niedergelegt – 24 Stunden ging nichts mehr – bei Mercedes, bei BMW, bei Schnellecke – die Kollegen sind heute hier!

Und die Solidarität aus den anderen Betrieben, aus unseren Schwestergewerkschaften war riesengroß!

Das was wir Metallerinnen und Metaller erreicht haben, muss für alle gelten!

In Deutschland arbeiten heute 15 Millionen Menschen in Teilzeit, davon sind 80 % Frauen. Teilzeit wird schnell zur Falle, gerade für Frauen: Einmal Teilzeit immer Teilzeit!

- Mit weniger Einkommen
- Weniger Chancen auf berufliche Entwicklung
- Einem hohen Risiko der Altersarmut!

Unsere Erwartung an die Bundesregierung ist klar: Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – das muss die neue Regierung jetzt endlich – und zwar mit Tempo – umsetzen! Die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben muss eine Selbstverständlichkeit sein!

Und das gilt auch für die Angleichung der Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West! Gerade hier in Berlin zeigt sich die ganze Absurdität: In derselben Stadt, in derselben Region, wird dieselbe Arbeit in derselben Industrie gemacht –

aber zu unterschiedlichen Bedingungen. 28 Jahre nach der Einheit, gibt es keinen einzigen Grund für diese Arbeitszeitmauer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
gute und faire Tarifverträge sind nicht nur gerecht, sie sind auch und ökonomisch vernünftig! Vernunft scheint allerdings einigen Arbeitgebern völlig abzugehen: Immer wieder begehen Arbeitgeber Tariffucht.

Beschäftigte, die nicht tarifgebunden sind, verdienen bis zu 25 % weniger, müssen länger arbeiten, profitieren nicht von Altersteilzeit, Übernahme und tariflicher Weiterbildung.

Tarifbindung ist die Gerechtigkeitsfrage Nr.1!

Was mich ganz besonders freut, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass immer mehr Beschäftigte sich wehren und gemeinsam für Tarifverträge streiten: Auch da, wo Arbeitgeber ganz besonders dreist sind, wo Arbeitgeber meinen, dass sie noch nicht mal das akzeptieren müssen, was wir schon vor 50 Jahren mit den Arbeitgeberverbänden vereinbart haben, nämlich die Einführung der 40-Stunden-Woche, geschweige denn, die 35, die wir vor mehr als 20 Jahren durchgesetzt haben.

Ihr wisst, wen ich meine: Es ist Knorr-Bremse mit dem Eigentümer und Multimilliardär Heinz-Hermann Thiele. 42 Stunden anstatt 35 für dasselbe Geld – das ist die Politik von Knorr-Bremse, wenn Unternehmen aufgekauft werden. Und die Kolleginnen und Kollegen wehren sich: Hier in Berlin haben wir es mit den Beschäftigten beim Knorr-Bremse-Betrieb Hasse und Wrede geschafft, dass der Standort nicht geschlossen und nach Tschechien verlegt wird.

Bei KB Powertech kämpfen wir darum, dass sie die 42 Stunden-Woche nicht flächendeckend einführen können.

Und deshalb sage ich ganz deutlich: Arbeitgeber, die sonntags von der Sozialpartnerschaft reden und montags die Tarifbindung kündigen, sind einfach nur Heuchler! Denn Tariffucht ist nicht nur gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ungerecht, sondern auch gegenüber tarifgebundenen Arbeitgebern. Statt über gute Produkte und Innovationen verschaffen sie sich über Lohndumping eine bessere Marktposition und höhere Profite!

Das darf nicht belohnt werden! Bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen muss die Tarifbindung kollektiv weitergelten! Hier ist endlich der Gesetzgeber gefragt! Aber die neue Bundesregierung ist hier im Schneckentempo unterwegs. Wir wollen hier endlich Taten sehen!

Kolleginnen und Kollegen,
Tarifverträge sind der Anker für gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich. Und dieser Anker wird bei der Dynamik des strukturellen Wandels immer wichtiger.

Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Viele fragen sich zu Recht: Ist der Arbeitsplatz in einer sich wandelnden Arbeitswelt sicher? Kann ich noch mithalten, wenn sich alles immer schneller dreht? Reicht die Rente später zum Leben?

Unsäglich sind hier die Angriffe der Arbeitgeberverbände auf das Arbeitszeitgesetz! Unter dem Deckmantel der Digitalisierung werden der Achtstunden-Tag und die gesetzlich gesicherte Ruhezeit in Frage gestellt – sie seien unzeitgemäß!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer das Arbeitszeitgesetz mit seinen Schutzbestimmungen und die Mitbestimmung angreift, greift auch uns an! In der Auseinandersetzung um die Gestaltung von Arbeit 4.0 gibt es mit uns ganz sicher keinen Freischein für den Abbau von Mitbestimmung und Schutzrechten!

Ganz im Gegenteil: Unsere Devise lautet: Digital und sozial! Die entscheidende Frage für eine zukunftsgestaltende Politik heißt: Wie kann Digitalisierung so gestaltet werden, dass mit dem technologischen Fortschritt zugleich sozialer Fortschritt entsteht. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt, Spaltung nicht befördert wird?!

Hier muss Politik flankieren. Dafür braucht es eine stabile Regierung, die aus diesem Wahlergebnis gelernt hat. Sicher, gerecht und selbstbestimmt – das ist die Messlatte, die wir an die neue Bundesregierung anlegen.

Und die hat sich in der Tat einiges vorgenommen. In Bildung wird ordentlich investiert. Hier haben CDU und SPD wichtige Forderungen der Gewerkschaften aufgegriffen: Schulen und Berufsschulen werden digital ausgestattet, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kommt, es gibt eine Investitionsoffensive für berufliche Schulen. Weiterbildung wird gefördert. Hier muss kräftig und frühzeitig investiert werden, um den Verlust von Jobs zu verhindern!

Auch die Stabilisierung der Rente bis 2025, die die GroKo vereinbart hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Sinkflug des Rentenniveaus ist damit erst einmal gestoppt. Das ist auch unser Erfolg. Das ist der Erfolg unserer gemeinsamen Kampagne! Unsere sozialen Sicherungssysteme sind sozialstaatliche Errungenschaften, die wir hart erkämpft haben und die wir genauso hart verteidigen werden.

Doch kaum ist die Tinte unter dem Koalitionsvertrag trocken, folgen die ersten spekulativen Horrorszenarien, die beweisen wollen, dass eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung auf einem anständigen Niveau nicht finanzierbar ist.

Wir sagen klar: Eine ausreichende Rente für die Jüngeren wird doch nicht durch Verzicht der Älteren gesichert! Gute Ausbildung, gute Arbeit und gutes Einkommen - das ist die Grundlage für eine solidarische Altersvorsorge in der Zukunft!

Deshalb sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie dauerhafte Leiharbeit, Minijobs und der Missbrauch von Werkverträgen nicht nur inakzeptable Ausweichmanöver der Arbeitgeber, sondern Mitverursacher von Altersarmut.

Jeder fünfte Berufstätige unter 25 hat einen befristeten Job. Die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt! Eine sichere Zukunftsplanung für junge Menschen, die vielleicht eine Familie gründen wollen, wird damit unmöglich gemacht! Hier muss der Gesetzgeber endlich konsequent umsteuern.

Wir begrüßen es, dass der Berliner Senat beschlossen hat, hier in Berlin grundsätzlich auf sachgrundlose Befristungen zu verzichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass unsere jungen Kolleginnen und Kollegen aus allen Gewerkschaften heute hier sind!

Ihr setzt Euch mit Leidenschaft, mit Herz und Verstand, mit Eurer ganzen Power ein:

- Für gute Ausbildungs- und Studienbedingungen,
- Für Übernahme
- Für gut ausgestattete Berufsschulen, die auf der Höhe der Zeit sind
- Für gute Bildung und zwar für alle:
 - o Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,
 - o Unabhängig von der Herkunft

Und das ist gut so.

80.000 Bewerberinnen und Bewerber fanden 2017 keinen Ausbildungsplatz. 300.000 Jugendliche sitzen in den zahllosen Ersatzmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung. Der aktuelle Berufsbildungsbericht stellt fest: Jeder vierte Auszubildende bricht die Ausbildung ab! Damit ist die Abbrecherquote in der Berufsausbildung so hoch wie seit Anfang der Neunzigerjahre nicht mehr.

Die Gründe: Dort, wo die Vergütung besonders niedrig ist, sind die Abbrecherquoten besonders hoch, der Zusammenhang ist eindeutig!

An die Arbeitgeber gerichtet sage ich: Wer über Fachkräftemangel klagt, muss diese Zustände ändern! Ansonsten bleibt Eure Debatte über Azubi- und Fachkräftemangel eine Scheindebatte – und sonst nix!

Wir werden nicht zulassen, dass jungen Leuten, die in einer Arbeitswelt 4.0. lebenslang lernen werden, schon der Start ins Berufsleben verwehrt bleibt! Wir setzen uns gemeinsam ein, für die Gestaltung der Zukunft der Arbeit!

Und damit meinen wir: Eine solidarische Arbeitsgesellschaft, in der Tarifverträge die Arbeitsbedingungen gestalten und dafür sorgen, dass der Wettbewerb um die besten Ideen und nicht um die schlechtesten Entgelte stattfindet. Eine Arbeitsgesellschaft, die frühzeitig auf Veränderungen reagiert und in die personelle Transformation investiert. Eine Arbeitsgesellschaft 4.0., die keine digitalen Nomaden produziert, die von Plattform zu Plattform ziehen, sondern gute Arbeit im digitalen Zeitalter zum Maßstab macht! Eine Gesellschaft, die Langzeitarbeitslosigkeit verhindert und neue arbeitsmarktpolitische Konzepte entwickelt. Hier brauchen wir eine offensive und offene Debatte. Es ist gut, dass diese Debatte von Berlin aus geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Strukturwandel und Marktveränderungen können nur mit und nicht gegen die Beschäftigten gestaltet werden! Dafür kämpfen seit Monaten hier in Berlin vor allem die Siemensianer, die Beschäftigten von Ledvance und GE, dafür kämpfen bundesweit die Kolleginnen und Kollegen von Opel. Sie kämpfen gemeinsam für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, ihrer Standorte, für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Gesamtkonzept!

Kolleginnen und Kollegen,

ich sage hier in Berlin, wo Siemens und Osram gegründet wurden, am größten Siemens-Produktionsstandort, bei 6 Milliarden Gewinn, den die Siemensianer erwirtschaftet haben, hier sage ich: Diese Gewinne sind in Innovationen, in tragfähige Konzepte für die Standorte und in Beschäftigung zu investieren! Mensch vor Marge, Kolleginnen und Kollegen!

Den massiven Personalabbau, die Schließung von innovativen und hochmodernen Traditionsstandorten wie das Berliner Dynamowerk und Ledvance werden wir in Berlin und an allen betroffenen Standorten nicht akzeptieren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit – unser Leitmotiv steht für eine Gesellschaft, in der Wohlstand gerecht verteilt ist und nicht digitaler Kapitalismus zur neuen Monopolbildung von Google, Amazon & Co. führt, die da heißt: The Winner takes it all.

Und deshalb frage ich: Wieso erhält der CEO von Amazon ganz aktuell vom Axel Springer Verlag hier in Berlin eine Auszeichnung für „visionäres Unternehmertum“?

Visionäres Unternehmertum - ja, das brauchen wir!

Das zeichnet sich aber vor allem auch dadurch aus, dass die Visionen sich nicht nur für Aktionäre, Eigentümer und Wenige rechnen.

Und so wäre es doch mal eine Auszeichnung,

- wenn nicht nur Daten zu Gold gemacht würden,
- sondern die Beschäftigten, die dieses visionäre Unternehmertum erst ermöglichen, angemessen beteiligt würden,
- und wenn Amazon an den deutschen Standorten endlich mit Verdi einen fairen Tarifvertrag mit angemessener Bezahlung und besten Arbeitsbedingungen verhandeln würde!

Und angesagt wäre wohl auch, dass diese so visionären Online-Giganten ihrer Steuerpflicht nachkämen, anstatt sich in Steueroasen zu verstecken!

Kolleginnen und Kollegen,

um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, brauchen wir eine Steuerpolitik, die eine entschlossene Bekämpfung des Steuerbetrugs im Visier hat!

Steuerhinterziehung und Steuerflucht ist ein Betrug an uns allen!

Anstatt Hartz IV-Empfänger zu sanktionieren, anstatt steigende Armut zu diffamieren, greift euch endlich die wahren Flüchtigen! Die, die sich in Panama und anderen Paradiesen tummeln! Die, die sich unsolidarisch und rücksichtslos ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

Wir brauchen Investitionen in unser Land! Wir leben schon viel zu lange von der Substanz. Brücken sind gesperrt, Straßen voller Schlaglöcher. Lehrer fehlen und Universitäten platzen aus allen Nähten!

Einen Kitaplatz zu bekommen gleicht einem Lottogewinn. Es fehlt Personal in den Kitas, in den Altenheimen, bei der Feuerwehr und der Polizei.

Gleichzeitig wird die „Schwarze Null“ gehuldigt.

Kolleginnen und Kollegen,

wir sagen: Große Vermögen und Erbschaften müssen wieder ordentlich besteuert und Steuerflucht muss konsequent verhindert werden! In einen handlungsfähigen Staat muss investiert werden! Hier ist dringender Handlungsbedarf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit – dafür stehen Personal- und Betriebsräte in unseren Betrieben und Verwaltungen. Betriebs- und Personalräte stehen für Demokratie im Betrieb. Sie stehen für Beteiligung und für die Gestaltung guter Arbeit. In diesem Jahr wird im ganzen Land gewählt – noch bis Ende Mai. Die Wahlbeteiligung in den Betrieben ist gut und damit die Rückendeckung aus den Belegschaften stark.

Die Mitbestimmung ist seit mehr als 40 Jahren ein Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft. In Zukunft spricht alles dafür, dieses Erfolgsmodell auszubauen!

Und deshalb gilt: Innovation und technologischer Wandel geht auch in Zukunft nur mit den Beschäftigten, mit mehr Mitbestimmung im Betrieb und im Unternehmen.

Der Kitt, der Schmierstoff dieser Gesellschaft, ist nicht weniger, sondern mehr Solidarität, ist nicht weniger, sondern mehr Gerechtigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen hier am Brandenburger Tor, dem Wahrzeichen von Berlin! Das Ost und West vereint, das für Freiheit und Frieden steht!

Und das Zitat von Willy Brandt, dem ehemaligen Bürgermeister dieser Stadt, hat an Aktualität – gerade, wo schon wieder von weltweiten Handelskriegen gesprochen wird – nichts verloren: „Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts!“

Heute und in Zukunft gilt: Berlin braucht keine Abschottung, Berlin braucht keine Mauern! Berlin braucht Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit!